



FDP-Fraktion | 21.05.2003 - 02:00

HARTMANN: FDP spricht sich gegen Ausbildungsplatzabgabe aus

BERLIN. Zu den bekannt gewordenen Plänen der rot-grünen Regierung, eine Ausbildungsplatzabgabe in Höhe von 5000 Euro jährlich für Betriebe, mit weniger als 6 Prozent Auszubildenden einzuführen, erklärt der bildungspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Christoph HARTMANN:

Eine Ausbildungsplatzabgabe, egal in welcher Form und Höhe, wird von der FDP-Bundestagsfraktion als absolut unsinnig abgelehnt. Die Regierung schafft hiermit nur wieder ein neues Bürokratiemonster, das insbesondere die großen Firmen regelrecht dazu einlädt, sich von ihrer Ausbildungsverantwortung frei zu kaufen.

Das ist schlechte Wirtschaftspolitik. Die Leidtragenden sind wieder einmal die mittelständischen Betriebe. Im vergangenen Jahr sind 40.000 Betriebe Pleite gegangen, die hätten ausbilden können. Für dieses Jahr wird mit der gleichen Insolvenzquote gerechnet. Sollen diejenigen, die ihre Betriebe noch mühsam über Wasser halten können, jetzt auch noch bestraft werden? Die dringend benötigten Ausbildungsplätze werden auf diese Weise sicher nicht geschaffen.

Die FDP fordert dagegen die Betriebe zu entlasten - sowohl was Steuern, Abgaben und Bürokratie angeht.

20 Prozent der ausbildungswilligen Jugendlichen sind nicht ausbildungsfähig. Wir können nicht die Betriebe dafür bestrafen, was die Schulen versäumt haben. Deshalb müssen wir in den Schulen ansetzen und dafür sorgen, dass Betriebe, die ausbilden wollen, auch ausbilden können und nicht die Schulbildung nachholen müssen.

Holger Schlienkamp - Telefon [030] 227-59461 - pressestelle@fdp-bundestag.de [1]

Quell-URL: <https://www.liberales.de/content/hartmann-fdp-spricht-sich-gegen-ausbildungsplatzabgabe-aus#comment-0>

Links

[1] <mailto:pressestelle@fdp-bundestag.de>